

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Redaktionen und die Anzeigenstellen entgegen. — Druckort: Erzgebirge, Sächsisch-Boleslawitz Nr. 33.

Abbestellungen nehmen die Redaktionen und die Anzeigenstellen entgegen. — Druckort: Erzgebirge, Sächsisch-Boleslawitz Nr. 33.

Telegraphische Anzeiger für das Erzgebirge.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus.

Postfach-Nr. 100

Nr. 11

Mittwoch, den 14. Januar 1925

20. Jahrgang

Der ewige Kreislauf.

Wien, 12. Jan. Reichsfinanzminister Lutzer hat bei seinen heutigen Besprechungen mit den einzelnen Parteiführern alle Möglichkeiten durchgesprochen. Es ist jedoch kaum zu erwarten, daß die Verhandlungen schon heute soweit gedeihen werden, daß Dr. Lutzer sich den Auftrag der Kabinettsbildung formell geben lassen wird. Von der Deutschen Volkspartei war allein der Fraktionsvorsitzende Scholz bei Lutzer und hat sich seine endgültige Stellungnahme zu dessen Plänen noch vorbehalten. Er hat zur Beratung mit seinen Parteifreunden im Vorstand seiner Fraktion für Dienstag nachmittag eine Sitzung einberufen. Von den Demokraten waren die Fraktionsvorsitzenden Koch, Erbe, Feiler, Haas bei Lutzer erschienen. Auch diese sehr eingehende Aussprache führte nicht zu irgendwelchem praktischen Ergebnis, da die demokratischen Parteiführer die unveränderte Haltung, die sie bisher eingenommen hatten, wiederum bekräftigten. Die Vormittagsbesprechung der deutschnationalen Fraktion unter der Leitung von Graf Westarp und Behrens sollte in einer Vorhandlung der Fraktion am Nachmittag vorbereitet werden.

Die Männer eines Kabinetts Lutzer.

Berlin, 13. Jan. Ein Reichskabinetts Lutzer würde folgende Vertrauensleute der in Frage kommenden Fraktionen vereinigen: für die Deutschnationalen Wallraf als Minister des Innern, für die Bayerische Volkspartei Dr. Gmünder als Justizminister, für das Zentrum Reichsminister Dr. Braun und für die Deutsche Volkspartei Reichsminister des Aeußern Dr. Stresemann. Die übrigen Ministerien würden durch Fachmänner besetzt werden, und zwar würden von den bisherigen Ministern als Nachfolger im Amt bleiben Dr. Feiler als Reichswehrminister und Graf Kanitz als Ernährungsminister. Die Frage, ob das Kabinetts Lutzer zustandekommen wird, hängt einmal ab von der Haltung der deutschnationalen Fraktion und andererseits von dem Verbleiben Dr. Feilers, der übrigens der demokratischen Fraktion nicht mehr angehört, in seinem Amt, da, wie gemeldet wird, hier von dem Zentrum seine Stellungnahme zum Kabinetts Lutzer abhängig machen wird. Ein Kabinetts Lutzer würde auf die Opposition der sozialdemokratischen und der demokratischen Partei stoßen.

Die nächste Reichstagsitzung.

Reichstagspräsident Brüder hat die nächste Plenarsitzung des Reichstags auf kommenden Mittwoch, 4 Uhr nachmittags, angesetzt. Da es noch nicht sicher ist, ob die Regierungsbildung bis Mittwoch gelungen sein wird, ist noch keine Regierungserklärung... die Tagesordnung gesetzt worden. Auf der Tagesordnung stehen vorläufig nur Anträge aus dem Hause u. a. Anträge auf Einstellung von Strafverfahren gegen Abgeordnete, ein Antrag des deutschvölkischen Abgeordneten v. Pfeindorfen auf Wenderung der Geschäftsordnung in Bezug auf die kleinen Anfragen und ein demokratischer Antrag Schilling auf Wiedereinsetzung des Untersuchungsausschusses für die Kriegsschuldfrage.

Marx mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Ministeriums für die besetzten Gebiete beauftragt.

Wie die Zeitung berichtet, hat der Reichspräsident den bisherigen Reichskanzler Dr. Marx bis auf weiteres mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Ministeriums für die besetzten Gebiete beauftragt.

Wieder handelspolitische Freiheit.

Seit dem 11. Januar sind die Bestimmungen des Versailler Vertrages über die Weisbegünstigung, die Deutschland den Vertragsgegnern einseitig gewähren mußte, unwirksam. Deutschland hat damit seine handelspolitische Freiheit wieder erlangt. Es besteht nunmehr die Möglichkeit, nur denjenigen die Weisbegünstigung zu gewähren, die sie auch Deutschland gegenüber anwenden. Zu dem neuen handelspolitischen Zustand äußern sich führende Persönlichkeiten des Deutschen Industrie- und Handelsverbandes, daß die Beteiligung der einseitigen Weisbegünstigungsklausel freilich für zunächst nur etwas Negatives bedeute. Das wesentliche Interesse liegt auf der Gegenseite. Dieses Interesse habe England rechtzeitig erkannt und am 8. Dezember einen Handelsvertrag mit gegenseitiger Weisbegünstigung abgeschlossen.

Neue Vorschläge im Handelsabkommen mit Frankreich.

Paris, 12. Jan. Die deutsche Delegation veröffentlichte folgende Mitteilung: Angesichts der ablehnenden Haltung, die die deutsche Regierung gegenüber dem von Frankreich vorgeschlagenen Protokoll einnimmt, hat

Handelsminister Rathenau in der heutigen Besprechung mit dem Staatssekretär Dr. Trendelenburg den Vorschlägen der Verhandlungen neue Vorschläge gemacht. Diese Vorschläge werden zurzeit von der deutschen Delegation geprüft.

Kreditaktion des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft.

Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft teilt mit, die deutsche Landwirtschaft kann nur dann erfolgreich wettbewerbsfähig sein, wenn sie in der Lage ist, auf der engeren und finanziell stärker belasteten Scholle höhere Erträge zu erzielen als das Ausland und diese Erträge zu Bestehungskosten, die die ausländischen Landwirte nicht übersteigen. Es ist daher notwendig, daß sie zur intensiveren Bewirtschaftung übergeht. Zu diesem Zweck ist die Modernisierung der Landwirtschaftsbetriebe das Gebot der Stunde. Die deutsche Kraftflugindustrie hat trotz ihrer gegenüber der Auslandskonkurrenz wirtschaftlich wesentlich schwächeren Lage unter großen Anstrengungen ihre Kraftgeräte mehr und mehr verbilligt und technisch weiter vervollkommenet. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat nun die Bereitstellung von Krediten in die Wege geleitet, um den noch bestehenden Preisunterschied zwischen den deutschen und ausländischen Erzeugnissen der Kraftflugindustrie zugunsten unserer Erzeugnisse auszugleichen.

Bei der Wenderung der verfügbaren Kredite sollen in erster Linie kleine Kraftgeräte, die für den kleinen und mittleren Besitz von Nutzen sind, berücksichtigt werden. Der Wunsch, die Aktion schon für die kommenden Frühjahrsarbeiten nutzbar zu machen, macht eine beschleunigte Durchführung der Auswahl notwendig. Die Spitzenverbände der Landwirtschaft, die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft, die Genossenschaften und die Verbände des landwirtschaftlichen Maschinenhandels haben sich in den Dienst der Sache gestellt und sich bereit erklärt, sie in jeder Weise zu fördern.

Schacht über unsere Goldwährung.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht verteidigte in einer Rede, die er auf einem von der Wiener Industrie- und Handelskammer veranstalteten Essen hielt, die Wiedereinführung der Goldwährung gegenüber Angriffen, daß er auf diese Weise den Amerikanern ihr Gold abnehme, statt sie darin zu lassen. Die Goldwährung ermöglichte den internationalen Austausch und gewährte den kaufmännischen Kalkulation sichere Grundlagen. Er werde daher die Goldwährung mit aller Konsequenz durchhalten, ohne darauf zu verzichten, ihre Vorteile auf dem Kreditwege der Wirtschaft dienstbar zu machen. Schacht betonte weiterhin die Notwendigkeit, die Zinssätze zu ermäßigen. Es gälte, die Mittel, die den von der Reichsverwaltung zum Teil losgelassenen Betrieben zufließen, für dieses Ziel einzusetzen. Diese Mittel müßten der Reichsbank zur Verfügung stehen und zu niedrigen Sätzen an die Wirtschaft weitergegeben werden.

Die deutschen Reparationszahlungen im Dezember.

Das Büro des Generalagenten für die Reparationszahlungen veröffentlichte über die deutschen Reparationszahlungen im Dezember nach und ihre Verwendung. Danach hat Deutschland im Dezember insgesamt 58,7 Millionen Goldmark auf Reparationskonto gezahlt. Seine bisherigen Zahlungen auf Grund des Dawesplans erhöhen sich dadurch bis zum 31. Dezember auf über 286 Millionen Mark. Die Zahlungen Deutschlands im Monat Dezember wurden zum größten Teil gedeckt durch den Ertrag der Anleihe, der mit etwas mehr als 51 Millionen Goldmark in Rechnung gestellt ist.

An die Ententestaaten übertragen wurden im Dezember insgesamt 58,8 Millionen Goldmark. Davon haben erhalten: Großbritannien 6,5 Millionen, Frankreich 21,5 Millionen, Italien 4,6 Millionen, Belgien 4,8 Millionen, Südslawien 3,6 Millionen, die übrigen Staaten zusammen rund 5,8 Millionen. Für den Dienst der Anleihe wurden 7¼ Millionen in Rechnung gestellt. Diese Summen wurden vornehmlich in der Form von Sachlieferungen an die Entente abgeführt. Auf Grund der 20prozentigen Ausfuhrabgabe erhielt Frankreich rund 179 000 Mark, England 4,2 Millionen.

Weiterhin wurden aus dem Ertrage der Anleihe rund 21,5 Millionen an die deutsche Regierung gezahlt in Rückzahlung des Vorkaufes, der von ihr während der Übergangszeit und bis zu der Zeit gemacht worden ist, bis der Ertrag der Anleihe verfügbar war.

Die kleinen Staaten unzufrieden.

Nach dem „Spezialist“ erledigt die Waffnung des Reiches der Finanzsachverständigen eine Verzögerung, da sich im letzten Augenblicke Meinungsverschiedenheiten zwischen den Hauptdelegierten und den Vertretern der kleinen Staaten herausgestellt haben, da Rumänien, Jugoslawien, Griechenland, Portugal und Brasilien eine Beteiligung an den deutschen Zahlungen beanspruchen. „Chicago Tribune“ zufolge soll ihnen diese Beteiligung grundsätzlich zugestanden sein und zwar damit, daß sie 1¼ Prozent in Frage, die nach dem Ablauf der belgischen Priorität in zwei Jahren frei werden. Rumänien und die anderen Staaten schienen sich aber mit dieser geringen Beteiligung nicht zufriedengeben zu wollen.

Schadenersatz für in Amerika beschlagnahmte deutsche Handelsschiffe.

Der „Newport Herald“ schreibt aus Washington, daß Staatssekretär Hughes sich bereit erklärt hat, für die deutschen Handelsschiffe, die bei Ausbruch des Krieges in amerikanischen Gewässern beschlagnahmt wurden, Schadenersatz zu zahlen. Bekanntlich befindet sich unter diesen Schiffen auch der Dampfer „Baberland“, der jetzt den Namen „Devotion“ trägt.

Senator Borah über den Dawes-Plan.

Washington, 12. Jan. Senator Borah erklärte im Senat, die gegenwärtige Besserung der Lage der Dawesplan u. a. auch dem Dawesplan zuzuschreiben. Dieser Plan könne aber nicht dauernden Wert haben, wenn nicht die genaue Gesamtsumme der Reparationen festgelegt werde. Ein großer Fehler des Dawesplans sei es, daß er die industrielle und finanzielle Politik eines großen Volkes unter die Aufsicht fremder Mächte stelle. Er könne nur solange Erfolg haben, wie andere Länder diesem Volke Geld liehen.

Zur Ernennung Kellogs.

Die Ernennung Kellogs zum Staatssekretär erregt in den Partier politischen Kreisen großes Interesse. Der „Boston Herald“ schildert ausführlich den Werdegang Kellogs. Der neue Staatssekretär verbrachte einen großen Teil seiner Jugend in Minnetota, dem kühnen nördlichen Staat Amerikas. Kellog sagte dem Vertreter des „Boston Herald“ er habe, wohl zu schätzen. Das Vertrauen, das Coolidge mir entgegenbringt, bewegt mich tief. Ich bin mir meiner Verantwortung voll bewußt. Sie ist um so größer, da ich die Nachfolge eines so großen Staatsmannes und Juristen wie Hughes übernehme. Jeder die Internationalisierte Finanzkonferenz sagte er, daß sie zu einem Ergebnis geführt habe, und daß zwischen den verschiedenen Mächten völlige Einmütigkeit bestehe. Wahrscheinlich wird Kellog Mittwoch oder Donnerstag nach London zurückreisen und Verhandlungen zu seiner Einsetzung nach Amerika treffen, die voraussichtlich Anfang Februar vor sich geht.

Die amerikanische Presse zum Rücktritt von Hughes.

Die Presse der Vereinigten Staaten beschäftigt sich eingehend mit der durch den Rücktritt von Hughes geschaffenen Lücke. Allgemein wird borgebracht, daß Kellog nicht über die großen Fähigkeiten verfüge, die Hughes hatte. „World“ weist darauf hin, daß neben Coolidge Borah einen entscheidenden Einfluß auf die auswärtige Politik gewinnen werde. Coolidge wird mehr wie bisher sich mit der Außenpolitik beschäftigen und zu diesem Zwecke hat er Kellog an Stelle von Hughes berufen. Die neue Lage wird vor allem einen großen Einfluß auf die Politik gegenüber Sowjetrußland haben, denn bisher hat in dieser Frage ein scharfer Gegensatz zwischen Hughes und Borah bestanden. Ueber Hughes wird berichtet, daß er sich wieder der Unwählbarkeit widmen werde. Auch glaubt man, daß er sich auf die nächsten Präsidentschaftswahlen vorbereite, um dort zu kandidieren. Hughes habe sich in der Währungsregelungsfrage festgelegt und dürfe seinen Standpunkt nicht preisgeben. Als Ereignis hätte jedoch gezeigt, daß seine Ansicht nicht aufrechterhalten werden kann. Es müsse anerkannt werden, daß zwischen den Reparationszahlungen und den alliierten Schulden ein enger Zusammenhang besteht. Hughes habe gut getan, anderen die Lösung dieser schwierigen Frage zu überlassen.

Houghton voraussichtlich Nachfolger Kellogs in London.

Es ist so gut wie sicher, daß der Berliner Botschafter Houghton als Nachfolger des zum Staatssekretär ernannten Houghtons nach London gehen wird. Die Besetzung des Berliner Botschafterpostens ist noch unentschieden. Man nennt dafür den General